

Unter dem Titel "Wenn der Staat schuldig wird" erschien in der Märznummer 2012 der evangelischen Frauenzeitschrift "frauen forum", Basel, die dem Thema "Entschuldigung" gewidmet war, ein Interview mit dem Historiker Thomas Huonker (die Fragen stellte die Theologin Käthi Koenig)

Wenn der Staat schuldig wird

Thomas Huonker, Sie kennen ehemalige Heimkinder, Verdingkinder, Kinder der Landstrasse. Was ist ihnen gemeinsam?

Längst nicht alle, aber viele von ihnen haben in Heimen oder Pflegefamilien unter härtesten Bedingungen leben müssen. Sie wurden ihrer Kindheit beraubt, und ihre Chancen, was die Ausbildung betrifft, standen schlecht. Das hat ihr späteres Leben geprägt.

Ihre körperliche und seelische Entwicklung wurden beeinträchtigt.

Die Absicht war natürlich eine andere: Es war das Anliegen der zuständigen Behörden, diese Kinder zu ordentlichen und disziplinierten Leuten zu erziehen. Und in diesem Sinne gelang es auch. Dass diese Kinder zäh und kräftig waren, machte sie zu guten Arbeitskräften, auch als Erwachsene – diese „Gabe“ wurde gefördert. Aber es war oft eine Ausbeutung bis zum Gehtnichtmehr.

Und diese Arbeitskräfte waren gratis.

Die Unterbringung dieser Kindern sollte möglichst wenig kosten. Durch ihre Leistungen brachten sie gewiss sehr viel mehr ein, als für sie aufgewendet wurde.

Hatten diese Kinder überhaupt keine Fürsprecher?

Es gab immer Leute, die die Zustände in Heimen und die Behandlung von Verdingkindern kritisierten. Aber damit stellten sie sich gegen die Autoritäten, die Behörden, die von der Überzeugung ausgingen, das Richtige zu tun.

Wie nahmen die betroffenen Kinder ihre Situation wahr?

Ihre Grunderfahrung war ja, dass sie nicht "normal", dass sie Aussenseiter sind. Es waren Kinder von unverheirateten Müttern, Kinder von Fahrenden, die nicht als gleichwertige Bürger angesehen wurden. Geschiedene mussten ihre Kinder hergeben, auch arme Familien, man wollte sie so "aus dem Sumpf retten". Das kann man alles in den Akten von damals nachlesen. Gleichzeitig war es auch eine Art Strafe: Sanktionen der Gesellschaft gegenüber Menschen, die ausserhalb der geltenden Normen leben.

Diesen Kindern wurde also von Anfang an das Gefühl eingeprägt, sie seien minderwertig.

Ja, und das beeinträchtigt das Selbstbewusstsein oft ein Leben lang. Die Kinder glaubten, sie seien selber schuld an ihrer Lage, und ihre Eltern seien schuld.

Das Unrechtsbewusstsein in Bezug auf diese Fragen hat sich heute verändert. Aber noch immer leben Menschen, die damals das Verhalten gegenüber diesen Kindern gebilligt oder sogar verantwortet haben.

Was heute aufgearbeitet wird, erschreckt; in unseren Augen ist es schlicht und einfach Unrecht. Manche Leute, die damals beteiligt waren, werden sich ihrer Verantwortung und ihrer Verfehlungen bewusst, manche zeigen Reue und suchen sogar Kontakt zu den ehemaligen Heimkindern. Das kann gut gemeint sein, aber die Opfer sollen sich nun nicht auch noch verpflichtet fühlen, sich mit diesem Schuldbewusstsein auseinanderzusetzen.

Hilft es den Betroffenen, wenn sie über ihre Erfahrungen sprechen können?

Grundsätzlich hilft es sicher. Aber es braucht grosse Überwindung. Bei manchen löst die Auseinandersetzung mit der schweren Vergangenheit neue Leiden aus, bis hin zu Depressionen. Und wer von seinen Heimerfahrungen spricht, muss damit rechnen, dass er wiederum diskriminiert wird. Aber es ist dringend notwendig, dass dieser Teil unserer Vergangenheit zum gesellschaftlichen Thema gemacht wird. Und die Betroffenen erfahren: Tausende haben ein ähnliches Schicksal wie ich. Ich bin nicht allein damit, und ich bin nicht schuld daran.

Es braucht also eine Entschuldigung?

Ja, und das ist ein kollektiver Prozess, den die ganze Gesellschaft zur Kenntnis nehmen soll. Es muss klar werden: Bei diesem System ging es nicht um minderwertige Menschen, es ging schlicht und einfach ums Geld, um den Profit.

Was halten Sie von einer finanzielle Wiedergutmachung?

Ich mag das Wort nicht – Geld kann ein Leben, das so schwer beeinträchtigt wurde, nicht wieder gut machen. Das sagen auch viele der Betroffenen. Sie sind stolz und wollen keine Geschenke, aber sie würden die Summe, die ihnen zusteht, beispielsweise in einen Fonds weitergeben. Es geht letztlich um eine Entschädigung, und darum finde ich es wichtig, dass finanzielle Leistungen dazu gehören – ein später Lohn für das, was die Kinder damals mit ihrer Arbeit eigentlich verdient hätten.

Also keine Entschuldigung ohne Entschädigung?

Das gilt natürlich nicht in jeder Angelegenheit. Aber im Fall der Pflege- und Verdingkinder gehört beides zusammen.

Tun sich die Behörden auch darum schwer mit öffentlichen Entschuldigungen?

Das ist sicher ein Grund. Wenn man aber knausrig ist mit einer Entschädigung, bedeutet das eine neue Entwürdigung für die Betroffenen. Wenn sie, wie die Opfer der Kampagne gegen die Familien der jesischen Fahrenden, bloss Beträge von 2000 bis 20 000 Franken erhalten, empfinde ich das angesichts ihres Leidens als unangemessen. Es sollten, sagen wir, 100'000 Franken pro geschädigte Person sein. Wenn man von rund 10'000 heute noch lebenden Opfern ausgeht, würde das eine Milliarde kosten. Das ist sehr viel Geld. Aber warum redet niemand davon, dass auch diese Beträge – wie die Kosten für Kampfflugzeuge oder Bankenrettungen – wieder in den Wirtschaftskreislauf einfliessen würden? Und sie kämen an den rechten Ort, denn viele der ehemaligen Heim- und Verdingkinder leben auch heute noch in schwierigen finanziellen Verhältnissen.